

Lagergemeinschaft Dachau c/o KZ-Gedenkstätte Dachau  
Alte Römerstr. 75 · D-85221 Dachau

**Ernst Grube** (Präsident)  
Tel. 0177 – 620 34 86  
Email: e.grube@gmx.net

**Dr. Jürgen Müller-Hohagen**  
(Vize-Präsident)  
Tel. 0160 – 793 11 81  
Email: mueller-hohagen  
@dachau-institut.de

Dachau, 23.04.2020

## Erklärung der Lagergemeinschaft Dachau zum 75. Jahrestag der Befreiung des KZ Dachau

### Solidarisches Miteinander statt hasserfülltes Spalten

Am 29. April 2020 begehen wir den 75. Jahrestag der Befreiung des KZ-Dachau von der NS-Schreckensherrschaft. Dazu waren siebzig ehemalige Häftlinge des KZ-Dachau aus aller Welt und zwanzig amerikanische Befreier zu einer großen Gedenkfeier nach Dachau eingeladen, um als Zeitzeugen über ihre Erinnerungen und Erfahrungen, ihren persönlichen Leidensweg während ihrer Haftzeit in den Lagern des menschenverachtenden NS-Regimes und die Befreiung zu berichten.

Mit ihrer Präsenz wäre noch einmal vor aller Augen die immense Bedeutung der Zeitzeugen sichtbar geworden, von denen so viele sich unermüdlich dafür eingesetzt haben, dass grundlegende Lehren aus diesem furchtbaren Kapitel deutscher Geschichte gezogen werden.

Die allgegenwärtige Corona-Pandemie hat die Befreiungsfeier unmöglich gemacht, zumindest in ihrer öffentlichen Form.

In dieser für uns alle so bedrängenden Situation möchte die Lagergemeinschaft Dachau, gegründet und jahrzehntelang getragen von überlebenden Häftlingen wie Otto Kohlhofer, Alfred Haag, Anna Pröll, Eugen Kessler, Resi Grünwiedl und Max Mannheimer, einige Punkte besonders zu bedenken geben.

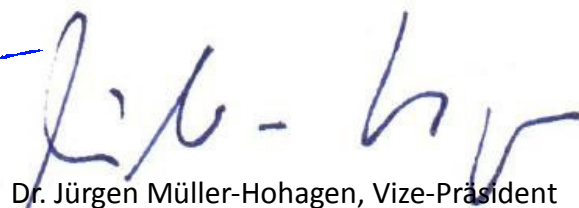
- Als erstes richten wir an die Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung oder auch an andere Akteure die Bitte, in dieser enormen Gesundheitskrise den Überlebenden von Holocaust und nationalsozialistischer Verfolgung in besonderer Weise beizustehen. Sie sind als hochbetagte Menschen erst recht durch Covid-19 in ihrem Leben bedroht. In der durch die Pandemie bedingten Isolation und Verunsicherung, so erfuhren wir, werden oft die eigenen traumatisierenden Erfahrungen in Holocaust und Verfolgung besonders bedrängend. Ihre aktuellen Nöte lindern zu helfen wäre ein großer Akt von Wertschätzung, Dankbarkeit und Solidarität.

- Viel ist in diesen Tagen von Solidarität die Rede. Mehr noch: Ganz viel wird in diesem Sinne gehandelt, beruflich und ehrenamtlich. Das bewegt uns sehr.
- Aber zugleich können wir Sorgen nicht verschweigen, die uns beschleichen, wenn es in Politik und Öffentlichkeit vergleichsweise sehr wenig auch um Fernerstehende geht, insbesondere um die Menschen in Italien und Spanien und die Geflüchteten in den Lagern Griechenlands und erst recht in denen Libyens. Und wir denken an die noch mehr als wir von der Pandemie bedrohten Armen in so vielen Ländern der Welt. Es geht dabei nicht nur um materielle Hilfen, so unerlässlich sie sein werden. Vielmehr braucht es mehr noch an Zeichen glaubwürdiger Solidarität anstelle einer auch jetzt wieder zu beobachtenden Hartherzigkeit. Wie auch immer unsere europäischen Nachbarn sich diesbezüglich verhalten, so wünschen wir uns doch von Deutschland mehr an solcher Solidarität. Und Asylanspruch muss ein Menschenrecht bleiben.
- Wir wünschen uns so sehr, dass Deutschland endlich davon abrückt, einer der weltweit größten Waffenproduzenten zu sein. Erinnern wir uns: Ohne Krieg hätte es den Holocaust so nicht gegeben. Und ohne Kriege hätten viele der heutzutage Geflüchteten nicht ihre Heimat in großer Not verlassen müssen.
- Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Form von Hassbotschaften, Rassismus, Antisemitismus, Rechtsterrorismus hat in den letzten Jahren erschreckend zugenommen. Wir hoffen von Herzen, dass demgegenüber die vielen Beispiele von Mitmenschlichkeit, die derzeit in unserer Gesellschaft gelebt werden, als Botschaft weitergetragen werden können für das, was wirklich zählt: Solidarisches Miteinander statt hasserfülltes Spalten.
- Oder sagen wir es mit den Worten unseres langjährigen Präsidenten Max Mannheimer, die er immer wieder an die jungen Menschen richtete: „Ihr tragt keine Schuld an dem, was geschehen ist, aber die Verantwortung dafür, dass es nicht wieder geschieht.“

Für das Präsidium der Lagergemeinschaft Dachau in der Bundesrepublik Deutschland



Ernst Grube, Präsident



Dr. Jürgen Müller-Hohagen, Vize-Präsident